Deutscher Bundestag **Drucksache 17/6543**

17. Wahlperiode 08. 07. 2011

Antwort

der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Gregor Gysi, Eva Bulling-Schröter, Annette Groth, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 17/6245 –

Unterstützung für den ecuadorianischen Yasuni Ishpingo Tambococha Tiputini Trust Fund

Vorbemerkung der Fragesteller

Der Yasuni Ishpingo Tambococha Tiputini (ITT) Trust Fund wurde im August 2010 durch die ecuadorianische Regierung und das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) eingerichtet. Zweck des Fonds ist es, Einnahmeausfälle auszugleichen, die Ecuador dadurch entstehen, dass es ein Erdölfeld unter einem Urwaldgebiet von außerordentlich hoher Biodiversität nicht ausbeutet. Fast 850 Millionen Barrel Öl sollen unter der Erde bleiben, dadurch wird die Freisetzung von über 400 Millionen m^3 CO_2 verhindert.

Ecuador ist im Rahmen der ITT-Initiative bereit, einen wichtigen Beitrag zum Erhalt der Biodiversität und zum Schutz des globalen Klimas zu leisten. Damit ist ein erheblicher wirtschaftlicher Verzicht verbunden: Das Vorkommen entspricht 13 Prozent der ecuadorianischen Öl-Reserven. Bei seiner Ausbeutung wären Einnahmen von 7,2 Mrd. US-Dollar zu erwarten. Über den ITT Trust Fund soll nun die Hälfte der zu erwartenden Einnahmeverluste im Laufe von 13 Jahren ausgeglichen werden. Gerade die Industrieländer als große Energieverbraucher und CO_2-Emittenten wären aufgerufen, hier ihren angemessenen Beitrag beizusteuern.

Denn Voraussetzung dafür, dass Ecuador auf die Förderung des Öls tatsächlich verzichten kann, ist, dass die entsprechenden Mittel aufgebracht werden. Für das Jahr 2011 werden mindestens 100 Mio. US-Dollar veranschlagt. Mit den Beiträgen aus dem Fonds soll der Übergang zu einer nichtfossilen Energieversorgung gefördert werden.

Dieser innovative Ansatz, der Umwelt- und Klimaschutz mit Entwicklungszielen verbindet, wird von den Fachpolitikern aller Bundestagsfraktionen unterstützt. Die letzte Bundesregierung hatte sich an der Vorbereitung des Fonds maßgeblich beteiligt. Jetzt käme es darauf an, auch die Umsetzung in angemessener Höhe zu unterstützen. Zur Überraschung vieler Beteiligter hatte aber der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Dirk Niebel, seine Unterstützung verweigert und sich damit gegen die Fachpolitiker auch der Koalitionsfraktionen der CDU, CSU und FDP gestellt. Bei mehreren

---

Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung vom 5. Juli 2011 übermittelt.
Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.

Gelegenheiten hat das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) seine ablehnende Haltung unter anderem damit begründet, man wolle keinen „Präzedenzfall“ mit Geld für ein „Unterlassen“ schaffen, dem andere Staaten folgen könnten.

Wenn es dabei bleibt, dass ausgerechnet Deutschland seine Unterstützung für den Fonds zurückzieht, könnte das Projekt insgesamt in Gefahr geraten. Das wäre umso unverständlicher, als dass von Seiten des UNDP die Konstruktion des ITT-Fonds als besonders solide gelobt und die Verbindlichkeit des Verzichts auf Ölförderung durch ein entsprechendes ecuadorianisches Gesetz abgesichert wird.

Anscheinend ist die Bundesregierung nun dazu übergegangen, eine Unterstützung der ITT-Initiative zu ihren Konditionen anzubieten. In die Diskussion gebracht wurde eine indirekte Unterstützung der ITT-Ziele unter der Bedingung, dass die ITT-Initiative dem von Deutschland stark unterstützten REDD+-Programm (Programme on Reducing Emissions from Deforestation and Forest Degradation) der Vereinten Nationen angegliedert wird, allerdings nicht mit zusätzlichen Mitteln, sondern durch Umwidmung bereits bestehender finanzieller Zusagen im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit.

1. Erwägt die Bundesregierung die Bereitstellung von Beiträgen an den ITT Trust Fund bis Ende 2011?

   Wenn ja, in welcher Höhe?

   Wenn nein, warum nicht?

Die Bundesregierung erwägt keine Einzahlung in den ITT Trust Fund bis Ende 2011. Die Bundesregierung unterstützt jedoch die Ziele der ITT-Initiative, unter anderem im Hinblick auf den Erhalt der biologischen Vielfalt des Yasuní-Gebiets und den Schutz der dort lebenden indigenen Bevölkerung.

2. Erwägt die Bundesregierung die Einstellung entsprechender Mittel in den Haushalt 2012?

   Wenn ja, in welcher Höhe?

   Wenn nein, warum nicht?

Die Bundesregierung erwägt keine Einstellung entsprechender Mittel in den Haushalt 2012.

3. Kann die Bundesregierung die Aussage des damaligen ecuadorianischen Außenministers Fander Falconí, getätigt im Anschluss an den Staatsbesuch einer ecuadorianischen Delegation im Juni 2009 und Bezug nehmend auf ein Gespräch mit dem damaligen Staatssekretär des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Erich Stather, bestätigen, wonach die damalige Bundesregierung mündlich eine finanzielle Unterstützung des ITT-Fonds in Aussicht gestellt habe?

Die Bundesregierung hat bisher keine finanzielle Zusage zur Unterstützung der Initiative gemacht.

4. Wenn ja, wurde dabei eine konkrete Summe genannt, und wie verbindlich wäre eine solche mündliche Zusage gegenüber einem Außenminister eines Partnerlandes?

Siehe Antwort zu Frage 3.

5. Gibt es eine zwischen dem BMZ, dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit sowie dem Auswärtigen Amt abgestimmte einheitliche Position der Bundesregierung bezüglich der Bewertung der ITT-Initiative, und wie sieht diese gegebenenfalls aus?

Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung steht im Gespräch mit dem Auswärtigen Amt und dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit bezüglich der Bewertung der ITT-Initiative.

6. Welche Bedenken des BMZ an der Konstruktion des Fonds, der Umsetzung des Projekts und der Zuverlässigkeit der ecuadorianischen Zusagen, die das Bundesministerium im vergangenen Herbst geäußert hatte, konnte die ecuadorianische Regierung in ihrem Antwortbrief vom September 2010 nicht oder nicht vollständig ausräumen?

Die ecuadorianische Regierung hat ernsthaftes Bemühen gezeigt, auf die Fragen, die vom Deutschen Bundestag und der Bundesregierung gestellt worden sind, einzugehen und eine Klärung herbeizuführen. Die Bundesregierung hat sorgfältig geprüft, ob grundsätzliche Vorbehalte aus dem Weg geräumt werden konnten und hat sich hierzu intensiv mit der ecuadorianischen Regierung ausgetauscht. Unter anderem bleibt für die Bundesregierung das Problem der fehlenden Abgrenzung der Initiative zu den Forderungen einiger Öl fördernder Länder bestehen, die für unterlassene Ölförderung im Rahmen der internationalen Klimaverhandlungen Kompensationen verlangen. Weiterhin bleibt die fehlende Einbettung in einen nationalen REDD-Ansatz (Reducing Emissions from Deforestation and Forest Degradation) mit den international diskutierten Auflagen im Hinblick auf soziale und ökologische Mindeststandards, die Beteiligung zivilgesellschaftlicher Gruppen/Indigener und das notwendige Monitoring von nachzuweisenden Emissionseinsparungen durch Waldschutz bestehen.

7. Welche zusätzlichen Gesichtspunkte, über die sich in diesem Zusammenhang nicht ausgetauscht worden war, sprechen nach Ansicht der Bundesregierung für eine Zurückhaltung bei der Unterstützung des Projekts?

Aus Sicht der Bundesregierung hat die Kompensation von unterlassener Erdölförderung aufgrund hoher „Leakage“ (Verlagerungseffekte) keine positive Klimawirkung. Solche Effekte sollen bei REDD durch die Ausgestaltung eines entsprechenden globalen Klimaregimes verhindert werden. Daher sind Kompensationszahlungen zur Verknappung des Angebots von fossilen Energieträgern für die Bundesregierung wenig erfolgversprechend, da dies nicht zwangsläufig zu einer Verringerung der Nachfrage bzw. des weltweiten CO_2-Ausstoßes aus der Verbrennung von Öl führt. Zudem sind aus Sicht der Bundesregierung die Kosten für den Klima- und Biodiversitätsschutz im Rahmen der ITT-Initiative extrem hoch und könnten einen Präzedenzfall für die Preisbildung darstellen, der sich negativ auf die laufenden Klimaverhandlungen sowie auf den derzeit verhandelten REDD-Mechanismus auswirken könnte.

8. Wie bewertet die Bundesregierung die Governance-Struktur des ITT-Fonds?

   Inwiefern teilt sie die Meinung, dass das Gewicht der ecuadorianischen Regierung im Steering Committee des Fonds dem hohen finanziellen Beitrag Ecuadors angemessen und ein Beitrag zur Stärkung der Eigenverantwortung ist?

Für die Bundesregierung ist die angemessene Beteiligung der Zivilgesellschaft ein wichtiges Anliegen. Bezüglich der besseren Beteiligung der Zivilgesell-

schaft hat die ecuadorianische Regierung mit der Bildung eines beratenden Ausschusses einen konstruktiven Vorschlag gemacht. Allerdings bleibt es weiterhin ein wichtiges Anliegen, dass die ecuadorianische Zivilgesellschaft auch im Steuerungskomitee des Internationalen Treuhandfonds angemessen vertreten ist.

9. Wie reagiert die Bundesregierung auf den Umstand, dass die ITT-Initiative von allen Fraktionen des Deutschen Bundestages unterstützt wird?

   Inwiefern sieht sich die Bundesregierung veranlasst, die breite parlamentarische Unterstützung in ihrer Entscheidung zu berücksichtigen?

Die Bundesregierung hat die große Unterstützung aus dem parlamentarischen und dem zivilgesellschaftlichen Raum für die ITT-Initiative zur Kenntnis genommen. Die Bundesregierung unterstützt die Ziele der ITT-Initiative gleichermaßen, nicht jedoch die von der ecuadorianischen Regierung vorgeschlagenen Instrumente. Die Bundesregierung hat auf alle Anfragen aus dem parlamentarischen Raum ausführlich reagiert, um allen Seiten die Bedenken bezüglich der derzeitigen Ausgestaltung der ITT-Initiative und mögliche alternative Lösungswege aufzuzeigen. Zuletzt hat der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung dies Anfang Juni in einem Brief an die Abgeordneten der Fraktionen CDU/CSU und FDP des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung des Deutschen Bundestags dargelegt.

10. Kann die Bundesregierung bestätigen, dass sie die Angliederung der ITT-Initiative an REDD+ zur Bedingung einer möglichen Unterstützung machen will?

Die Bundesregierung hat vorgeschlagen, den Schutz des Yasuní-Nationalparks im Rahmen der nationalen REDD-Strategie aufzugreifen. Die Bundesregierung hat zudem einen Dialogprozess mit UNEP initiiert, um gemeinsam mit der ecuadorianischen Regierung Möglichkeiten dahingehend zu erörtern. Ziel dieses Vorschlags ist es, einen Verlust an Biodiversität im Yasuní-Nationalpark sowie eine Zunahme von CO_2-Emissionen zu vermeiden.

11. Welche konzeptionellen Veränderungen an der ITT-Initiative wären nach Ansicht der Bundesregierung erforderlich, um sie als förderungswürdig darzustellen (bitte insbesondere in Hinsicht auf eine mögliche Angliederung der Initiative an REDD+ erläutern).

Die Bundesregierung unterstützt die Ziele der ITT-Initiative, sieht jedoch für den Wald- und Klimaschutz REDD als das geeignete Instrument an.

12. Inwiefern berücksichtigt die Bundesregierung hierbei die Überlegung, dass die ITT-Initiative insofern über die Zielstellung des REDD+ hinausgeht, als sie nicht nur auf Wald- und damit Klimaschutz, sondern auch auf umfassenderen Umweltschutz (durch Nichtextraktion) und auf die Abkehr von extraktiver Rohstoffförderung und den Umstieg auf alternative Energien ausgerichtet ist?

Siehe Antwort zu Frage 7.

13. Inwiefern ließe sich der Bundesregierung zufolge dieser umfassende Ansatz der ITT-Initiative innerhalb von REDD+ überhaupt aufrechterhalten?

Die Kompensation von unterlassener Erdölförderung (ITT-Initiative) und von vermiedener Entwaldung (REDD) stellen zwei unterschiedliche Ansätze dar, deren Ziele sich überschneiden. Die Bundesregierung hat ihre Absicht bekräftigt, das Kernziel Wald- und Biodiversitätsschutz der ITT-Initiative im Rahmen der bestehenden Instrumente und im Kontext von REDD in Absprache mit der ecuadorianischen Regierung weiterhin zu unterstützen.

14. Kann die Bundesregierung bestätigen, dass sie die indirekte Unterstützung der ITT-Initiative nur im Rahmen ihrer bereits laufenden Wahlschutzvorhaben und bereits gegebener finanzieller Zusagen in Betracht zieht?

Die Bundesregierung hat der ecuadorianischen Regierung eine Anpassung der laufenden Programme an die Ziele der Initiative sowie eine Ausweitung des EZ-Engagements auf den Yasuní-Nationalpark vorgeschlagen. Die Bundesregierung hat der ecuadorianischen Regierung angeboten, 10 Mio. Euro für eine Ausweitung des laufenden Waldschutzprogramms „Sociobosques“ auf den Yasuní-Nationalpark zur Verfügung zu stellen.

15. Wie stellt sich die Bundesregierung die Ausrichtung ihrer Waldschutzvorhaben in Ecuador an der ITT-Initiative konkret vor?

Das Waldschutzprogramm „Sociobosques“ ist bislang in vier Regionen Ecuadors tätig, hier kann sich die Bundesregierung eine Ausweitung auf den Yasuní-Nationalpark als weiteres Interventionsgebiet vorstellen.

16. Schließt die Bundesregierung aus, zusätzliche Mittel zur Unterstützung der Ziele der ITT-Initiative bereitzustellen?

Siehe Antwort zu Frage 14.

17. Inwiefern wäre die Bundesregierung bereit, im Rahmen ihrer Entwicklungszusammenarbeit mit Ecuador die Ziele der ITT-Initiative in ihrer gesamten Breite (also über den Waldschutz hinaus) zu unterstützen?

Die Bundesregierung unterstützt in Ecuador im Rahmen des bestehenden EZ-Engagements bereits Maßnahmen zum Schutz der Biodiversität, zum Klimaschutz, zum Schutz der indigenen Bevölkerung, zur Förderung erneuerbarer Energien sowie zur sozialen Entwicklung. Die Bundesregierung hat der ecuadorianischen Regierung darüber hinaus eine Anpassung der laufenden Programme an die Ziele der Initiative sowie eine Ausweitung des EZ-Engagements auf den Yasuní-Nationalpark vorgeschlagen.

18. Mit wie vielen Ländern rechnet die Bundesregierung, die sich die ITT-Initiative als Beispiel nehmen und Kompensationen für die Nichtförderung von Rohstoffen fordern könnten?

    In wie vielen Ländern kämen die dafür erforderlichen Voraussetzungen, nämlich dass es sich um Entwicklungsländer mit Rohstofflagerstätten in Gebieten außerordentlicher Biodiversität handelt, zusammen?

Aus Sicht der Bundesregierung ist zu befürchten, dass potentiell alle Entwicklungsländer, die Öl oder andere Rohstoffe fördern, die ITT-Initiative als Beispiel für die Forderung nach Kompensationen für die Nicht-Förderung von Rohstoffen aus Klima- oder Naturschutzgründen heranziehen.



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin, www.heenemann-druck.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333